

Geschiedene Väter zeigen Behörden den Stachel

von Christoph Bernet - Behörden, die bei einer Scheidung das Interesse der Kinder oder eines Elternteils zu wenig beachten, könnten schon bald stachelige Post erhalten.



Marcel Enzler (links) mit seinen Mitstreitern: Behörden, die geschiedene Mütter oder Väter ungerecht behandeln, kriegen ein stacheliges Feedback. (Bild: Stevan Bukvic/Tilllate.com)

Vor gut zwei Jahren schickten die geschiedenen Väter des Vereins «Vaterverbot Schweiz» [tonnenweise Pflastersteine an Bundesrätin Simonetta Sommaruga](#), um gegen die Verzögerungen beim neuen Sorgerecht zu protestieren. Bald könnten Schweizer Behörden wieder Post von geschiedenen Vätern erhalten: in Form eines Kaktus.

Um für seine Anliegen zu werben, hat der Verein Vaterverbot Schweiz zusammen mit verschiedenen Partnern, darunter den FDP-Frauen, die [Online-Plattform «schickenkactus.ch»](#) eingerichtet.

Mit der Plattform soll ein «Speakers' Corner», benannt nach der berühmten Rednerplattform im Londoner Hyde Park, für alle Betroffenen im Bereich des Familien- und Gleichstellungsrechts geschaffen werden, wie Marcel Enzler, Präsident von Vaterverbot Schweiz, erklärt.

«Viele Menschen fühlen sich verletzt»

«Viele Menschen fühlen sich verletzt oder finden keine Möglichkeit, ihre Wünsche an die Behörden auszudrücken», sagt Enzler. Im Internet sollen Betroffene ihre Erfahrungen im Internet mit anderen teilen können. Dank der Plattform sollen die Probleme offen angesprochen und gemeinsam angegangen werden. Behörden und Amtsträger können zu den Beiträgen Stellung nehmen.

Doch «Schick en Kactus» findet nicht nur in der virtuellen Welt statt: Wenn eine Behörde von den Lesern der Website eine bestimmte Anzahl negative Bewertungen bekommt, wird ihr ein Kactus zugestellt – als Symbol für das Leid der Betroffenen. Bei genügend positiven Bewertungen wird eine Rose verschickt – als Zeichen der Dankbarkeit.

«Das Ziel von Vaterverbot Schweiz ist, dass jedes Kind ein Anrecht auf zwei Eltern hat», sagt Enzler. Das heutige Familienrecht in der Schweiz habe ein grosses

Verbesserungspotenzial. Nach dem bisherigen Vorschlag zum neuen Unterhaltsrecht müssten Väter mehr bezahlen und die Möglichkeit der alternierenden Betreuung eines Kindes durch beide Elternteile würde nicht anerkannt. «Die Bedürfnisse der Bürger und der Kinder gehen unter.»

«Gesellschaftspolitik auf Augenhöhe»

Die FDP-Frauen solidarisierten sich mit den «legitimen Anliegen» von geschiedenen Vätern, erklärt Präsidentin Carmen Walker Späh. Als Frau habe sie zwar nicht deren Erfahrungen gemacht, «aber wir sehen, dass vielerorts von den Behörden Vater und Mutter leider nicht gleich behandelt werden. «Ich engagiere mich für eine offene Gesellschaftspolitik, die Männer und Frauen auf Augenhöhe behandelt», sagt Walker Späh.

SP-Vizepräsidentin *Barbara Gysi* hingegen kann der Aktion wenig Positives abgewinnen: «Ich halte es für wenig konstruktiv, Kakteen und Rosen zu verteilen.» Zwar habe sehr viel Verständnis für Väter, die sich um ihre Kinder kümmern wollten. Doch es sei nicht sinnvoll, «seitenweise Klagen auf eine Plattform zu stellen». Damit würde das Portal schnell zu einer Art Klagemauer: «Das potenziert den Unmut.»

«Behörden stellen Kindeswohl in den Vordergrund»

Es sei klar, dass sich Betroffene bei einer Scheidung manchmal von den Behörden ungerecht behandelt fühlten, so Gysi. Doch das sei immer die subjektive Wahrnehmung eines Einzelnen. Nach ihrer Erfahrung schauten die Behörden jeweils genau hin und stellten das Kindeswohl in den Vordergrund.